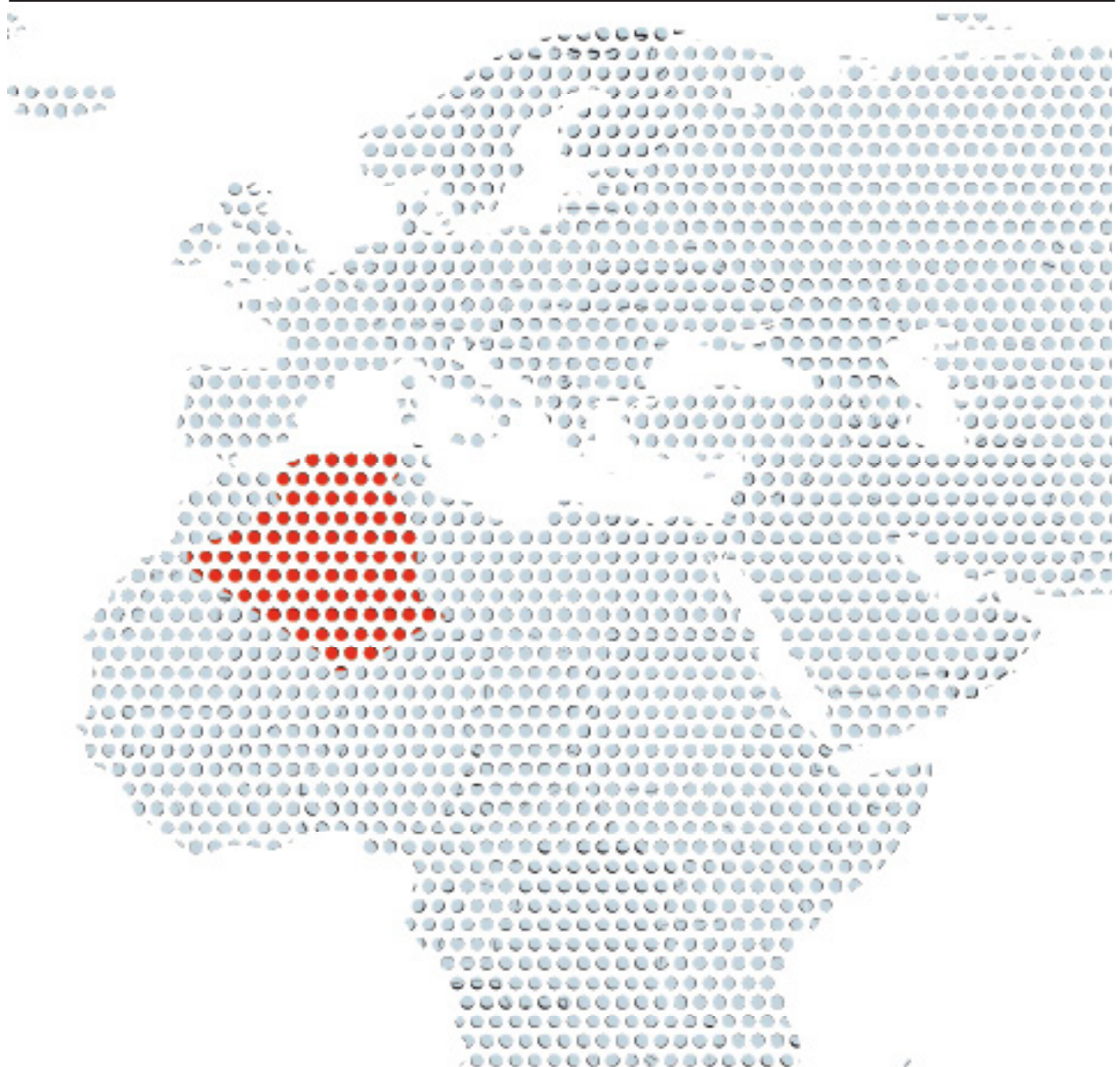


Algerien

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern
deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	10
Bewaffung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES EU-VERHALTENSKODEX	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	22
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	23
Bedrohung von Alliierten	27
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	28
Unerlaubte Wiederausfuhr	32
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Algerien

Die Bedeutung deutscher Rüstungslieferungen für Algerien ist im internationalen Vergleich eher gering. Seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 ist Russland der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant für die algerischen Streitkräfte. Im März 2006 wurde das vorerst letzte umfassende Waffengeschäft in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar zwischen Russland und Algerien ausgehandelt. Die Auslieferung der Flugzeuge, Panzer und verschiedener Luftabwehrsysteme verzögerte sich nach einigen Schwierigkeiten, wurde Ende 2008 aber gesichert. Aufgrund der Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext des letzten milliarden schweren Waffengeschäfts, deutete Algerien darauf hin, sich um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten zu bemühen und Kooperationen auch mit anderen Ländern einzugehen.

Algerien besitzt keine besonders ausgeprägte nationale Rüstungsindustrie, auch wenn vereinzelt Produktionskapazitäten bestehen, etwa im Schiffsbau. Um den Rüstungsbedarf der Streitkräfte angemessen decken zu können, ist das Land daher weiterhin auf den Import von Waffensystemen angewiesen.

Die wichtigste Aufgabe des Heeres ist und war es traditionell, die langen algerischen Landesgrenzen zu Marokko, Tunesien, Libyen, Niger, Mali und Mauretanien zu garantieren. Aufgrund von Spannungen mit Marokko wurde die Personalstärke der Landstreitkräfte in den späten 1970er Jahren fast verdoppelt. Das Heer ist die einzige Truppenart, die Wehrpflichtige für eine Dauer von 18 Monaten einberuft.

Die algerische Armee ist die am besten organisierte Institution des Landes und genießt einen guten Ruf innerhalb der Bevölkerung. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär zudem einen zunehmend attraktiven Arbeitsplatz dar. Die Streitkräfte spielen eine ausgesprochen große Rolle in der algerischen Politik. Der 1999 gewählte Staatspräsident Bouteflika gilt nach Einschätzung vieler Analysten und Kommentatoren als Marionette des mächtigen Militärapparates. Proteste der algerischen Bevölkerung in der ersten Jahreshälfte 2011 richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Der Präsident kann dabei auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, der, auch zur Verteidigung eigener Interessen, teilweise brutal gegen Demonstranten vorgeht.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Algerien ist neben den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen auch den wichtigsten internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Die algerische Verfassung verspricht einen hohen Grundrechtsschutz und das Land ist seit September

2008 bereits zum zweiten Mal Mitglied im neu gegründeten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Trotzdem kommt es weiterhin zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Bislang wurden kaum Bemühungen von der Regierung unternommen, den Verbleib der im Bürgerkrieg „Verschwundenen“ aufzuklären.

Dieser herrschte in Algerien in den 1990er Jahren zwischen der Regierung und islamischen Fundamentalisten und äußert sich in einigen Teilen des Landes noch bis heute in bewaffneten Auseinandersetzungen. Neben den Nachwehen des Bürgerkrieges, die bis heute anhalten, beschäftigt ein weiterer innerer Konflikt das Land, der sich zwischen der Regierung und den Berberstämmen in der Kabylei-Region abspielt. Noch im Sommer 2015 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Berbern in der algerischen Provinz Ghardaia, bis die Regierung schließlich die Armee zu Hilfe rief. Neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur fordern die Berber vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit.

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbar Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt. Der Konflikt zwischen beiden Staaten wird insbesondere durch die Unterstützung Algeriens für Unabhängigkeitsbestrebungen in der von Marokko besetzten Westsahara verschärft. Darunter leidet die gesamte regionale Zusammenarbeit im Maghreb.

Die USA unterhalten einen zentralen Kommandostützpunkt in Algerien. Im Rahmen des von den USA im Jahr 2008 gegründeten neuen militärischen Regionalkommandos Africa Command (AFRICOM), kommt dem Land eine wichtige Rolle zu.

Algerien ist ein wichtiger Umschlagpunkt für Drogen, insbesondere solche, die von Marokko oder Tunesien aus nach Europa geschmuggelt werden sollten. Insbesondere die langen und porösen Landesgrenzen in Nordafrika begünstigen den Schmuggel und verhindern eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels.

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

Sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen, besteht die Gefahr, dass in Algerien unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen. Die Truppenstärke der Streitkräfte wurde 2008 spürbar erhöht, dennoch sind die Militärausgaben in den vergangenen Jahren gesunken. Ungeachtet dessen sind jedoch auch bei den Gesundheits- und Bildungsausgaben eher Stagnation bzw. nur geringfügige Anstiege zu beobachten. Angesichts der drängenden Probleme des Landes, wie die wirtschaftliche Unterentwicklung, die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher, die hohe Arbeitslosigkeit und die Probleme in sozialen Sektoren, bedarf es einer Umverteilung bei den staatlichen Ausgaben.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2015 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Funkgeräte und Kommunikationsausrüstung: 93,3%	5,26
2000	Kommunikationsgeräte und -teile: 98,4%	0,2
2001	Tauchgeräte: 92,6%	0,74
2002	Überwachungssysteme mit Multisensorplattformen: 96,8%	10,53
2003	VHF/UHF Sende- und Empfangsgeräte: 87,9%	1,03
2004	Grabenbagger und Teile für Radfahrzeuge: 82,5 %; Teile für Kommunikationsausrüstung: 12,6 %	0,18
2005	Mobiles Feldlazarett: 82,2%	19,03
2006	Teile für Infrarotausrüstung und Überwachungssysteme: 66,5%; Formationsleuchten: 18,9%	1,8
2007	Keine deutschen Rüstungsexporte	-
2008	Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Landfahrzeuge: 81,3%	0,51
2009	Sattelzugmaschinen und Teile für Landfahrzeuge: 65,4% Kommunikationsausrüstung und Stromversorgungen: 31,8%	9,0
2010	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 52,0%; Multisensorausrüstung und Teile dafür: 40,6%	19,84
2011	Transportpanzer und Teile für gepanzerten Fahrzeuge, Tarnbeleuchtungen: 98,4 %	217,43
2012	Geländewagen, LKW und Teile für Geländewagen, LKW, Landfahrzeuge: 94,8 %	286,72
2013	LKW, Geländewagen, Materialkits zur Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländewagen: 94,9%	825,73
2014	LKW und Teile für LKW: 60,5%; Herstellungsausrüstung für Radargeräteteile, Funkgeräteteile, Fahrzeugmontage und Teile für Herstellungsausrüstung: 19,3% Bodenüberwachungsradar, Meridiankreisel und Teile für Bodenüberwachungsradar: 9,5%	163,65

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2015	LKW und Teile für LKW: 87,8%	411,41

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2015, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2015

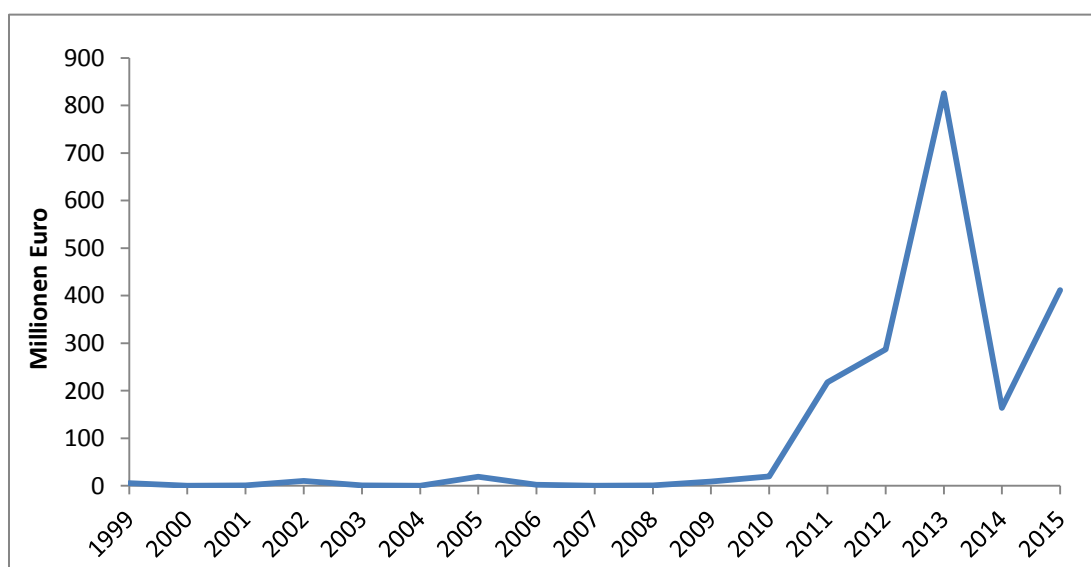


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Algerien 2000-2016

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
9	MTU-538	Dieselmotor	1983	1988-2002	9	Für 3 Djebel Chenoua FAC aus Algerien
54	Tpz-1 Fuchs	Gepanzerte Mannschaftstransporter	2011	2013-2014	(54)	195 Mio. €-Geschäft
2	MEKO-A200	Fregatte	2012	Ab 2016		Option auf 2 weitere

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
(12)	MTU-4000	Dieselmotor	(2012)	2015	4	Für 3 Typen-053 (C-28A) Fregatten aus China
(926)	Tpz-1 Fuchs	Gepanzerte Mannschaftstransporter	(2014)	2014-2025	(150)	

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist traditionell kein bedeutender Rüstungslieferant für Algerien gewesen. Seit 2010 haben sich die Rüstungsausfuhren nach Algerien jedoch massiv erhöht. Zunächst genehmigte Deutschland Anfang 2011 den Verkauf von 54 Fuchs-Panzern im Wert von 195 Millionen Euro und erteilte Ausfuhrerlaubnisse für die Lieferung von Geländewagen und LKW im Wert von 286 Millionen Euro. Bestandteil der umfassenden Verträge sind auch die Lieferung bzw. Fertigung von bis zu 1000 Fuchs-Panzern. Die Lieferung soll sich auf den Zeitraum von 2015 bis 2025 erstrecken. Hierzu wurden im Juni 2014 die Vertragsverhandlungen zwischen Algerien und Rheinmetall über ein 2,7 Mrd. Euro Geschäft bekannt, das die Lieferung von 980 Fuchs-2-Radpanzern sowie den Bau einer Produktionsstätte in der nordalgerischen Stadt Ain Smara vorsieht. Beteiligt sind an diesem Geschäft auch die Unternehmen Daimler und Thyssen-Krupp. Daimler wird voraussichtlich Geländewagen und Transporter nach Algerien liefern.

Bereits im März 2012 hat Algerien mit ThyssenKrupp Marine Systems einen Kaufvertrag über die Beschaffung von zwei Fregatten der Meko-Baurreihe unterschrieben. Das Geschäft wird auf insgesamt 400 Millionen Euro geschätzt, andere Quellen beziffern das Geschäft hingegen auf insgesamt mehr als 2 Milliarden Euro. Letzteres erscheint wahrscheinlicher, da die Bundesregierung zur Absicherung des Geschäfts eine Hermes-Bürgschaft über 2,13 Milliarden Euro genehmigt hat. Die Auslieferung der Fregatten soll ab 2016 erfolgen. Womöglich beinhaltet die Vereinbarung auch die Lieferung von sechs Super-Lynx Bordhubschrauber. Die deutsche Bundeswehr hat bereits die Ausbildung der algerischen Seeleute bestätigt. Die Kosten in Höhe von zwölf Millionen Euro werden von Algerien übernommen.

Zwischen 2014 und 2025 erhält Algerien zudem rund 926 gepanzerte Mannschaftstransporter des Typs Fuchs von Deutschland. 150 davon wurden bereits geliefert.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Großwaffensysteme nach Algerien 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	807	302	438	883	2882	5312

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

Deutsche Großwaffensysteme nach Algerien 2012-2016, Mio. USD

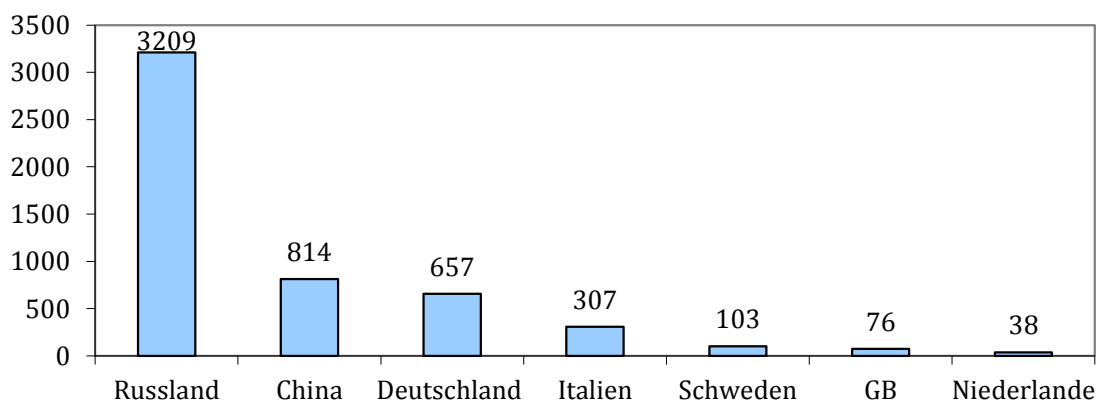
Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	-	8	29	43	578	657

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten der Großwaffensysteme 2012-2016, Mio. USD



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand März 2017) nahm Algerien zwischen 2012 und 2016 die 5. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Dabei ist Russland seit der Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1962 bis heute der mit Abstand wichtigste Rüstungslieferant der Streitkräfte. 1993 stammten schätzungsweise 90 Prozent der Waffenbestände aus der ehemaligen Sowjetunion, die vor allem in den 1970er und 1980er Jahren modernste Waffensysteme wie beispielsweise den MiG-25 Abfangjäger oder T-72 Kampfpanzer nach Algerien exportierte.

Seither wurden darüber hinaus unter anderem im Jahr 2010 16 Kampfflugzeuge (SU-30MK/Flanker) im Rahmen eines etwa 1 Milliarden US-Dollar-Geschäfts bestellt, die zwischen 2011 bis 2012 ausgeliefert wurden.

Weiterhin orderte Algerien 120 Kampfpanzer (T-90S) im Umfang von 470 Mio. US-Dollar, die zwischen 2012 und 2013 in Dienst gestellt wurden. Ende Februar 2014 wurde bekannt, dass Algerien 48 (Kampf-) Hubschrauber (42 Mi-28N/Havoc; 6 Mi-26T2/Halo) für die Luftwaffe bestellte. Im August 2015 wurden die ersten der Mi-26T2 „Halo“ Helikopter geliefert, Anfang 2016 sollen zwei weitere folgen.

2017 will Algerien weitere acht Helikopter bestellen, die bis Ende 2017 ausgeliefert werden sollen. Der Vertrag im Umfang von 2,7 Milliarden US-Dollar umfasst zudem die Modernisierung 39 weiterer algerischer Helikopter des Typs Mi-8 zum Standard von Mi-8AMTSh-Helikoptern. Ende 2016 haben Russland und Algerien einen Vertrag über die Lieferung von 12 Su-34 Kampffjets unterzeichnet.

Aufgrund der Unstimmigkeiten mit Russland im Kontext des letzten milliardenschweren Waffengeschäfts, will sich Algerien jedoch zunehmend um eine Diversifizierung der Waffenlieferanten bemühen, was sich bereits in den Waffenkäufen der vergangenen Jahre widerspiegelt. So spielen – wenn auch in deutlich geringerem Maße – Frankreich, Großbritannien, die Ukraine und Italien sowie die USA und China eine immer wichtigere Rolle für die Rüstungsbeschaffungen Algeriens. Bereits in den 1980er Jahren hatte Algerien versucht, sich aus seiner einseitigen Abhängigkeit gegenüber östlichen Rüstungslieferanten zu lösen. Der Mangel an finanziellen Mitteln im algerischen Beschaffungshaushalt ließ dies jedoch in größerem Umfang kaum zu. Im Juni 2008 unterzeichnete Algerien schließlich ein historisches Verteidigungsabkommen mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Im Rahmen dessen sollen Verhandlungen über vier FREMM Mehrzweck-Fregatten stattgefunden haben, ebenso soll Frankreich Algerien seinen Eurocopter und Grenzüberwachungsausrüstungen für die Sahara angeboten haben. Auch wurde Algerien im Zeitraum von 2008 bis 2011 vermutlich mit 21 Patrouillenbooten (FPB-98) ausgestattet.

Großbritannien lieferte zwischen 2010 und 2012 im Rahmen eines 2007 beschlossenen 402 Mio. Euro-Geschäfts Hubschrauber nach Algerien, eine weitere Lieferung von sechs Super Lynx-300-Helikoptern wurde 2012 beschlossen. Bislang gibt es jedoch keine Bestätigung einer möglichen Auslieferung.

Die Ukraine stattete Algerien vorrangig mit Luft-Luft-Raketen aus, während Italien unter anderem bis zu 15 Leichthubschrauber (2010/11) sowie vier Hubschrauber für Rettungs- und Suchmissionen (2013) lieferte und sich mit Algerien auf den Verkauf eines Landungsschiffes vom Typ BDSL (2013) einigte. Italien plant zudem den Verkauf von bis zu 30 Kampfhubschraubern der Firma Agusta Westland im Wert von 460 Millionen Euro an Algerien. Darüber hinaus ist die italienische Regierung bemüht, die

Arbeit mit Algerien zu intensivieren sowie gemeinsame Militärübungen abzuhalten, und strebt eine stärkere Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung an.

Die Beziehungen zwischen Algerien und den USA intensivierten sich im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001. Insbesondere die Meldungen über eine angebliche Allianz der Salafiyya-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) mit al-Qaida im Oktober 2003 bewogen die USA dazu, die algerische Strategie der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Dies bedeutete sowohl eine verstärkte militärische Zusammenarbeit als auch eine Zunahme von US-amerikanischen Waffenlieferungen nach Algerien. Die USA lieferten zuletzt in den Jahren 2010 und 2011 vermutlich acht leichte Transportflugzeuge (King Air) nach Algerien. Im September 2013 wurde bekannt, dass Algerien mit Boeing Gespräche über den möglichen Kauf verschiedener Lufttransport-, Luftbetankungs- und Luftüberwachungsfahrzeuge bzw. Systeme führte. Hier sollen unter anderem die Produktion eines C-17 Militärtransportflugzeuges, eines KC-46A Tankflugzeuges und der Erwerb eines AEW&C-Systems im Gespräch gewesen sein. Im Dezember 2014 wurde jedoch bekannt, dass keine Militärtransportflugzeuge geliefert wurden oder geliefert werden sollen. 2015 wurde die Produktion der Boeing C-17 eingestellt.

Mit China wurden in den vergangenen Jahren einige Lieferungen vereinbart, darunter unter anderen bis zu 50 Seezielflugkörper (C-802/CSS-N-8) sowie drei bis fünf Fregatten (F-22/C-28A). Die erste der drei Korvetten wurde im Oktober 2015 an Algerien geliefert.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	8001	8642	9953	10413	10654
Anteil am BIP (in Prozent)	4,5	4,8	5,5	6,3	6,7
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	10,2	13,4	13,7	13,5	15,4

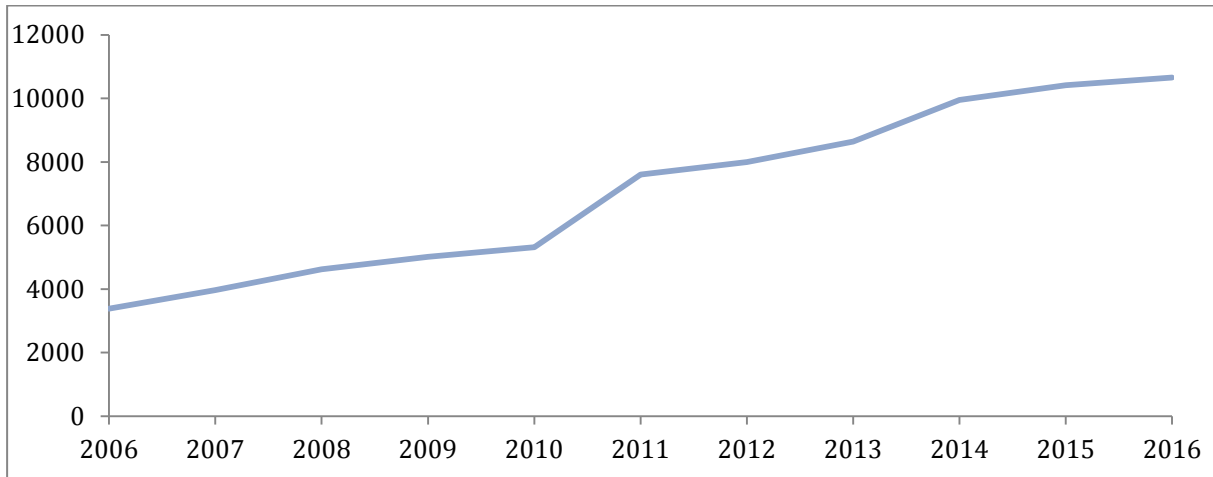
Angaben in konstanten Preisen mit 2015 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

**Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.*

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD

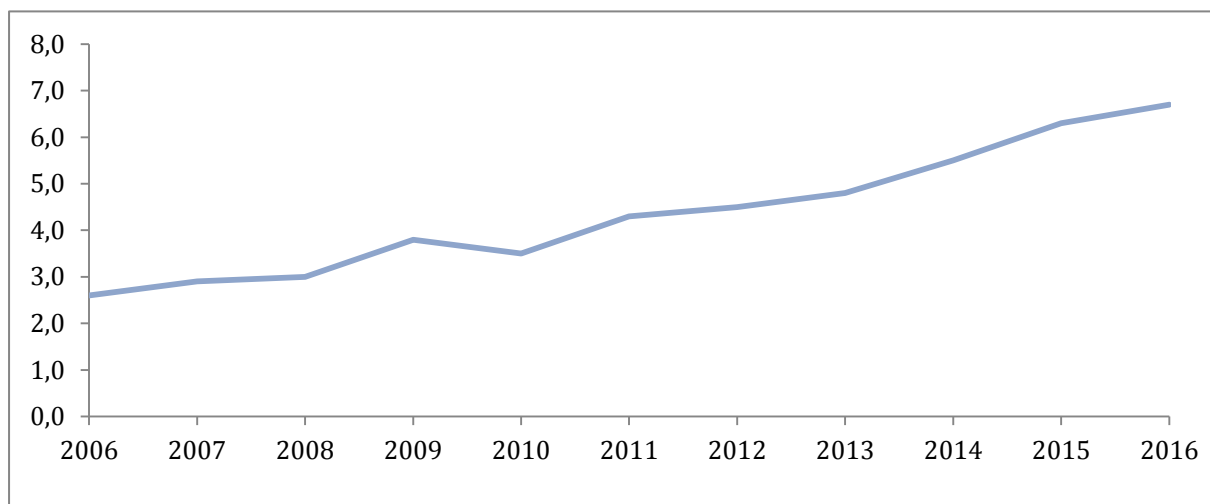


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2015.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2015 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Algerien besitzt nur eine kleine, nicht besonders ausgeprägte nationale Rüstungsindustrie. Um den Rüstungsbedarf seiner Streitkräfte angemessen abdecken zu

können, ist das Land daher auf den Import von Waffensystemen angewiesen. Dennoch arbeitet Algerien weiterhin an der Weiterentwicklung einer eigenen Industrie. Während der 1990er Jahre wurden die größten Fortschritte im Bereich der Rüstungsproduktion von der Marinewerft im Hafen von Mers-el-Kébir erzielt, wo leichte Kriegsschiffe produziert werden konnten. Seitdem wurden dort insbesondere Boote für die Küstenwache der Kebir-Klasse aus ursprünglich französisch-britischer Produktion in Lizenz hergestellt sowie mit bulgarischer Hilfe die Endfertigung von zwei Djebel Chinoise Korvetten vorgenommen. Darüber hinaus werden Militärlastwagen mit französischer Unterstützung in Lizenz produziert.

Im April 1991 hieß es aus Kreisen der US-amerikanischen Nachrichtendienste, Algerien habe mit chinesischer Hilfe eine nukleare Reaktoranlage errichtet, die mittelfristig dazu in der Lage sei, waffenfähiges Plutonium herzustellen. Die algerische Regierung bestand zwar auf der ausschließlich zivilen und friedlichen Nutzung der Anlage, auf Druck der Vereinigten Staaten willigte sie aber 1992 schließlich in IAEA-Kontrollen ein. 2012 wurde bekannt, dass sich die Mechanical Industry Promotion Group des algerischen Verteidigungsministeriums mit der Tawazun Holding (Vereinigte Arabische Emirate) auf ein gemeinsames Unternehmen („NIMR-Algerie Joint Stock Company“) einigte, das künftig NIMR Militärfahrzeuge in Algerien produzieren soll.

Auch durch die Lieferung und die Fertigung von Fuchs-Panzern vor Ort werden die Kapazitäten der algerischen Rüstungsindustrie maßgeblich gefördert. Ein geplantes Joint-Venture Unternehmen zwischen Rheinmetall und MAN übernimmt die Federführung bei diesem Geschäft. In den kommenden zehn Jahren will Algerien mit der Unterstützung deutscher Unternehmen bis zu 1000 Fuchs-Radpanzer sowie weitere militärische Fahrzeuge für den eigenen Gebrauch fertigen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: ja, 18 Monate (Heer)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

130.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 110.000

Marine: 6.000

Luftwaffe: 14.000

Reserve: 150.000 (Heer)

Paramilitärische Einheiten: 187.200, davon:

Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): 20.000

Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): 16.000

Republikanische Garde: 1.200

Kommunale Verteidigungsgruppen, Selbstverteidigungsmilizen: ca. 150.000

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die algerische Armee gilt als gut organisiert und hat als Institution einen guten Ruf innerhalb der Bevölkerung. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft.

Da die Streitkräfte aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich in den 1950er Jahren hervorgingen, bestanden sie ursprünglich fast ausnahmslos aus leichten, beweglichen Einheiten, die auf Guerillakriegsführung spezialisiert waren. Gegen den Widerstand vieler alter Veteranen gelang es dem sozialistischen Präsidenten Boumediene allerdings in den 1960er und 1970er Jahren, nach und nach die Armee zu einer modernen, konventionellen Streitmacht nach dem Vorbild sowjetischer Militärdoktrin umzuwandeln. Während dieser Zeit wurden nicht nur tausende algerische Offiziere an sowjetischen Militärakademien ausgebildet, auch die schweren Waffensysteme stammten fast ausnahmslos aus sowjetischer Produktion. Nach einer militärischen Niederlage Algeriens in einem kurzen Grenzkrieg gegen Marokko 1976 wurden die Streitkräfte erheblich vergrößert und aufgerüstet.

Im Zuge eines Bürgerkrieges gegen islamistische Gruppierungen nach Ende des Kalten Krieges erfuhr die algerische Armee eine erneute Umstrukturierung. Der Schwerpunkt algerischer Militärstrategie während der 1990er Jahre fußte nun weniger auf der Vorbereitung für eine Landesverteidigung gegen mögliche externe Bedrohungen: Nicht zuletzt die Gründung der Maghreb Union 1989 hatte die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios stark vermindert und machte die Konzentration der Armee auf die Niederschlagung interner Unruhen notwendig. Nachdem sich 2003 und 2004 ein Ende der Gewaltwelle abzuzeichnen begann, wurde allerdings darüber nachgedacht, die Streitkräfte wieder nach konventionellem Muster zu organisieren.

Tabelle 6***Stärke der Streitkräfte, Trend 2008–2016***

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	147	147	147	130	130	130	130	130	130
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	4,3	4,2	4,1	3,7	3,6	3,4	3,3	3,3	3,3

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Kommentar

Mitte der 1980er Jahre erreichte die Personalstärke der algerischen Streitkräfte ein Hoch von insgesamt rund 170.000 Soldaten. 1990 war diese Zahl aber bereits auf etwa 150.000 Mann gesunken. Der Abwärtstrend setzte sich in den frühen 1990er Jahren, trotz Beginn des Bürgerkrieges, fort. 1995 zählte das algerische Militär weniger als 122.000 Soldaten. Zwischen 2003 bis 2010 war allerdings ein Anstieg zu verzeichnen.

Im Jahr 2011 ist die Anzahl der Soldaten schließlich auf 130.000 gesunken und seither konstant geblieben (Stand März 2017).

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	1262	
Aufklärer	134	
Schützenpanzer	1089	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 883	
Artillerie	1091	
Panzerabwehr	430	Zahl der rückstoßfreien Abschussgeräte sowie Geschütze; zusätzlich Raketen und Panzerabwehrsysteme, z.B. <i>Milan</i> , <i>Kornet-E</i>
Luftabwehr	Mehr als 936	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Das Heer ist die einzige Truppenart, die Wehrpflichtige für eine Dauer von 18 Monaten einberuft. Mit mehr als 1.000 Kampfpanzern verfügt es über eine beachtliche Anzahl schwerer Waffensysteme, die allerdings auch vielfach veraltet sind. Die Bewaffnung ist vor allem sowjetischer bzw. russischer Bauart. Derzeit ist eine umfassende Modernisierung im Gange, die sich in zahlreichen Waffenkäufen und -importen widerspiegelt.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren investierte das Militär vor allem in die Aufrüstung des Heeres, dessen Aufgabenspektrum im Folgenden zunehmend durch die Unterstützung der Gendarmerie und anderer paramilitärischer Kräfte im Kampf gegen die Islamistische Heilsfront (FIS) erweitert wurde. Die gerade auch in den Wüstenkriegen benötigten Fähigkeiten, insbesondere Luftlandekapazitäten, wurden während dieser Zeit besonders gefördert.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	
Fregatten	7	Darunter eine mit Helikopterlandeplatz
Patrouillenbote	24	
Davon Korvetten	6	
Amphibienfahrzeuge	7	
Logistik und Unterstützung	2	

Box 2**Marineflieger**

18 Such- und Rettungshelikopter

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die algerische Marine wurde mit Hilfe der Sowjetunion in den 1980er Jahren vergrößert und modernisiert. Ziel war die Projektion algerischer Militärmacht auch über die Küstengewässer hinaus. Im Gegensatz zum Heer verfügt die Marine nicht ausschließlich über schwere Waffensysteme östlicher Bauart; Frankreich und England lieferten bereits in den 1980er Jahren Korvetten und Küstenwachboote und ermöglichten dadurch Technologietransfers. Mit der Neuorientierung des Militärs zur Niederschlagung interner Aufstände in den 90er Jahren verlor die Marine jedoch an Bedeutung. Auch bei der Marine ist ein Modernisierungsprozess im Gange, der Rüstungsbeschaffungen einschließt. So soll die Marine um das BDSL-Helikopter-Docklandungsschiff „Kalaat Beni-Abbes“ erweitert werden, das von der italienischen Firma Orizzonte Sistemi Navali (OSN) in der Fincantieri's Riva Trigoso-Werft gefertigt wurde. Bis zum ersten Quartal 2015 soll die Besatzung zudem durch die italienische Marine ausgebildet werden. Zwei Fregatten der Meko-Klasse (A200) inklusive der entsprechenden Bordhubschrauber von Thyssen Krupp im Wert von bis zu 400 Mio. Euro werden derzeit in der HDW-Werft in Kiel gebaut und die Fähigkeiten der Marine ab etwa 2017 weiter ausbauen. Über den Bau zwei weiterer Fregatten dieses Typs auf einer neu errichteten Schiffswerft in Algerien wird spekuliert. Seit 2010 beschafft die Marine zudem immer mehr Helikopter.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	34	
Abfangjäger	44	
Kampfflugzeuge	33	
Aufklärer	8	Alle kampffähig
Tankflugzeuge	6	
Transportflugzeuge	67	
Ausbildungsflugzeuge	99	
Kampfhubschrauber	37	
Transporthubschrauber	44	
Such- und Rettungshubschrauber	3	
Mehrzweckhubschrauber	8	
Mehrzweck-/Transporthubschrauber	74	
Luftabwehr	725	Zahl bezieht sich nur auf die Geschütze; zusätzlich Boden-Luft-Raketen, u.a. S-75 <i>Dvina</i>
Raketen	Einige	u.a.: AS-12 Kegler, AA-10 Alamo
Drohnen	Einige	Seeker II

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Kommentar

Die vorrangige Aufgabe der Luftwaffe ist es, Luftunterstützung für die Marine und besonders für das Heer bereitzustellen. Seit 2000 ist die Modernisierung der Luftwaffe die wichtigste Aufgabe der algerischen Streitkräfte. Die größten Rüstungszukäufe der letzten Jahre waren daher für die Luftstreitkräfte bestimmt.

Möglicherweise wird die algerische Luftwaffe in Zukunft auch unbemannte Drohnen beschaffen. Als Lieferant wird das US-Unternehmen General Atomics und dessen Predator-Serie gehandelt.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Gendarmerie (dem Verteidigungsministerium zugeordnet): Einige Aufklärungsfahrzeuge (AML-60); 210 gepanzerte Mannschaftstransporter (100 Fahd; 110 M3 Panhard); Helicopter (einige PZL Mi-2 Hopliter)

Nationale Sicherheitskräfte (Direktorat für Nationale Sicherheit): Kleinwaffen

Republikanische Garde: Aufklärungsfahrzeuge (AML-60), gepanzerte Mannschaftstransporter (M3 half track)

Kommunale Verteidigungsgruppen, Milizen: k.A.

Quelle: IISS Military Balance 2017

Box 4

Peacekeeping

Algerische Soldaten und Beobachter sind derzeit an keiner internationalen Peacekeeping-Mission beteiligt.

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Nationale Volksarmee Algeriens (Armée Nationale Populaire: ANP) bildet ihre Identität aus einer im kollektiven Gedächtnis des Landes verankerten Kriegerkultur, die ihren historischen Ursprung in den gemeinsamen Befreiungskämpfen gegen verschiedene Invasoren hat. Zuletzt erhoben sich die Algerier 1954 gegen die mehr als hundert Jahre andauernde französische Besatzung, was zu einem achtjährigen, blutigen Unabhängigkeitskrieg führte. Während dieser Zeit sind auch spätere Grundprinzipien und Strukturen der algerischen Streitkräfte entstanden.

Bemerkenswert ist, dass sich, um die revolutionäre und volksnahe Tradition zu erhalten, soziale Klassenunterschiede nicht unbedingt in der Trennung zwischen Offizier- und Mannschaftsdienstgraden widerspiegeln. So erhalten Offiziere weder besondere Privilegien, noch übermäßig hohe Gehälter. Sie tragen keine prunkvollen Uniformen, um sich von einfachen Dienstgraden abzugrenzen. Auch gibt es keine aufwendigen und pompösen Zeremonien, um die Zugehörigkeit zum Offizierkorps rituell zu betonen. Die ANP ist bis heute die am besten organisierte Institution des Landes. Viele ehemalige Militärs bekleiden Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft. Einhergehend mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den wachsenden wirtschaftlichen Problemen des Landes stellt das Militär zudem einen zunehmend attraktiven Arbeitsplatz dar.

Die Streitkräfte spielen auch eine ausgesprochen einflussreiche Rolle in der algerischen Politik. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit 1962 kam es zu einem erbitterten Machtkampf zwischen der zivilen und der militärischen Führung, der

schließlich 1965 zu einem Militärcoup unter Oberst Houari Boumediene führte. Danach war die zentrale Machtposition der ANP in der Landespolitik zwar fest verankert, zu einer Militärdiktatur entwickelte sich Algerien jedoch nicht. Die politische Einflussnahme der Streitkräfte blieb eher implizit, wurde also nicht nach außen hin propagiert. Gleichzeitig haben sich die demokratischen Institutionen weiter entwickelt.

Die Vormachtstellung der ANP wurde besonders deutlich, als das Militär 1991 erneut einen Staatsstreich durchführte, diesmal um einen demokratischen Wahlsieg der Front Islamique du Salut (FIS) zu verhindern. Dieser Putsch löste einen langjährigen und äußerst blutigen Bürgerkrieg aus, in Folge dessen der politische Einfluss der Streitkräfte noch weiter anstieg. Im Jahr 1994 versuchte das Militär erstmals, Abd al-Aziz Bouteflika als Staatspräsidenten zu installieren, 1999 dann wurde dieser gewählt und bekleidet seither das Amt. Nach Einschätzung vieler Analysten und Kommentatoren gilt Bouteflika als eine Marionette des mächtigen Militärapparates.

Die öffentliche Aufarbeitung der zahlreichen vom algerischen Militär begangenen Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren ist noch alles andere als abgeschlossen und wird von der Regierung nach wie vor verhindert.

Proteste im Rahmen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ erreichten in der ersten Jahreshälfte 2011 auch Algerien und richteten sich insbesondere gegen die autoritäre Regierung Bouteflikas. Angesichts der Umstürze in Ägypten und Tunesien fürchtete Bouteflika ähnliche Entwicklung in Algerien. Der Präsident konnte jedoch auf einen weitestgehend loyalen Polizei- und Militärapparat zurückgreifen, der auch zur Verteidigung eigener Interessen, teilweise brutal gegen Demonstranten vorging.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

Es liegen keine Angaben vor.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2008

Die Sicherheitskräfte Algeriens bestehen neben dem Militär aus der Zivilpolizei (Direction Générale de la Sûreté Nationale: DGSN) und der paramilitärischen Gendarmerie (Gendarmerie Nationale oder National Rural Police Force). Die Zivilpolizei hat eine Stärke von schätzungsweise 160.000 Personen (die Zahlen schwanken zwischen 30.000 und 200.000 Beschäftigten), wobei der Frauenanteil auf 14.000 geschätzt wird. Sie ist formal dem Innenministerium unterstellt. Aufgabengebiete umfassen die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Grenzkontrollen und allgemeine Strafverfolgung. Der Zivilpolizei sind auch die paramilitärischen Nationalen Sicherheitskräfte mit ihren 16.000 Soldaten unterstellt. Während des Arabischen Frühlings spielten die Polizei- und Sicherheitskräfte eine wichtige Rolle für das Regime in der Niederschlagung der Demonstrationen.

Darüber hinaus besteht mit der zwischen 20.000 bis 60.000 Mann starken Gendarmerie eine paramilitärische Einheit, welche dem Verteidigungsministerium

unterstellt ist (je nach Quelle schwanken die Angaben sehr stark). Die Gendarmerie wird hauptsächlich als Polizeieinheit in ländlichen Gegenden eingesetzt sowie in Gebieten, in denen Spannungen und Konflikte bestehen. Sie ist ausgestattet mit über hundert gepanzerten Mannschaftstransportern (M-3 Panhard und TH 390 Fahd) sowie einigen leichten Hubschraubern (Mi-2 Hoplite). Die Republikanische Garde ist eine bis zu 1.200 Mann starke Spezialeinheit innerhalb der Gendarmerie. Diese teilt sich in verschiedene Eliteeinheiten, eine Bereitschaftseinheit (schnelle Eingreiftruppe) sowie Einheiten zur Aufstands- und Terrorismusbekämpfung auf und umfasst Aufgaben wie etwa nationale Sicherheit, Grenzkontrollen, Personenschutz und Gefangenentransporte. Hauptaufgabe ist jedoch der Schutz des Präsidenten. Die Truppen sind äquivalent zu den militärischen Bezirken auf sechs Stützpunkte im Land verteilt.

Des Weiteren gibt es eine zivile paramilitärische Gruppierung (Legitimate Defence Groups), die etwa 150.000 Mann zählt. Diese umfasst auch die kommunale Garde (60.000 Mann). Ende der 1990er Jahre als Reaktion auf zunehmende Terroranschläge in ländlichen Gebieten mit dem Einverständnis der Regierung gegründet, untersteht die Gruppe heute dem Verteidigungs- und Innenministerium. Sie wurden lange Zeit von der Regierung mit Waffen ausgerüstet. Es gibt jedoch Bestrebungen des Innenministeriums, die Einheiten aufzulösen. Berichten zufolge scheint es, dass die Regierung teilweise die Kontrolle über sie verloren hat.

Der Geheim- und Sicherheitsdienst Algeriens (Department of Intelligence and Security: DRS) ist dem Militär zugeordnet und übernimmt klassische Geheimdienstarbeit für das Militär, ist aber ebenso für die interne Sicherheit und Gegenspionage zuständig. Ihm ist eine 300 Mann starke Interventionseinheit (Groupe d'Intervention Spécial: GIS) zugeordnet.

Private Sicherheitsfirmen sind weit verbreitet. Mit mittlerweile über 60 Firmen ist das private Sicherheitsgewerbe ein florierender Wirtschaftszweig. Besonders in der Öl- und Gasindustrie, aber auch im Objekt- und Personenschutz finden sich private Sicherheitsdienstleister wieder.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterschrieben, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Algerien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten. Auch den am 15. Juli 2009 in Kraft getretenen Pelindaba-Vertrag (atomwaffenfreie Zone Afrika) hat Algerien ratifiziert. In Bezug auf die Anti-Personenminen-Konvention weist der Landmine Monitor Report 2015 auf einige bestehende Probleme hin: Algerien ratifizierte die Anti-Personenminen-Konvention am 1. April 2001. Die algerische Regierung geht davon aus, dass bestehende nationale Gesetze für die Umsetzung der Konvention ausreichend sind, um etwaige Vertragsverletzungen zu ahnden. Das Land hat zwar niemals Antipersonenminen produziert oder exportiert, in der Vergangenheit jedoch importiert und genutzt. Die Regierung zerstörte daher 2005 insgesamt 150.050 Minen. Nach Angaben der algerischen Regierung sollen sich etwa seit 2010 keine weiteren Bestände von Antipersonenminen in den Arsenalen der Streitkräfte befinden.

Berichte lassen jedoch daran zweifeln, da weiterhin kleine Mengen von Antipersonenminen in den Händen der Sicherheitskräfte vermutet werden.

Weitaus problematischer ist der Umgang mit bereits verwendeten Minen. Von November 2005 bis März 2006 entdeckte und zerstörte die Armee insgesamt etwa 190.000 unterhalb der Erdoberfläche befindliche Antipersonenminen, im Jahr 2013 dann noch einmal 76.000. Dies entspricht jedoch nur einem geringen Prozentsatz der über drei Millionen platzierten Minen an der östlichen und westlichen Grenze des Landes. Weitere rund 10.000 zerstörte Antipersonenminen stammten aus den Konflikten mit aufständischen Gruppen während der neunziger Jahre.

Derzeit sind keine Sanktionen der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen gegen Algerien verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2015

Algeria is a multiparty republic whose president, the head of state, is elected by popular vote for a five-year term. The president has the constitutional authority to appoint and dismiss cabinet members and the prime minister, who is the head of government. There were no presidential term limits in 2015, and President Abdelaziz Bouteflika has held office since 1999. Voters re-elected Bouteflika in the April 2014 presidential elections. Foreign observers characterized the elections as largely peaceful but noted low voter turnout and a high rate of ballot invalidity. The 2012 legislative elections did not result in significant changes to the composition of the government. Civilian authorities generally maintained effective control over the security forces. The three most significant continuing human rights problems were restrictions on the freedom of assembly and association, lack of judicial independence and impartiality, and overuse of pretrial detention. Other human rights concerns were the excessive use of force by police, including allegations of torture; limitations on the ability of citizens to choose their government; widespread corruption accompanied by reports of limited government transparency; and societal discrimination against persons with disabilities, persons living with HIV/AIDS, and lesbian, gay, bisexual, transgender, and intersex (LGBTI) persons. Women faced violence and discrimination, and there was some reported child abuse. Additionally, the government maintained restrictions on worker rights and did not actively combat conditions of forced labor. The government did not take sufficient steps to investigate, prosecute, or punish public officials who committed violations. Impunity for police and security officials remained a problem, and the government rarely provided information on actions taken against officials accused of wrongdoing. Abuses by illegal paramilitary forces remained a significant problem. Terrorist groups committed attacks against the security services and targeted military personnel in particular.

*Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2015
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>*

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2015/2016

The authorities restricted freedoms of expression, association and assembly, arresting, prosecuting and imprisoning peaceful protesters, activists and journalists. Legislators amended the Penal Code to protect women from violence. Perpetrators of torture and other serious human rights abuses in the 1990s continued to evade justice. Courts handed down death sentences; no executions were carried out.

Quelle: Amnesty International Report 2015/2016: <https://www.amnesty.org/en/countries/middle-east-and-north-africa/algeria/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017

Bewertung für Algerien auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 5

Politische Rechte: 6

Gesamtbewertung: Nicht frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2016 zurzeit „not available“

Although it continued to project stability amid broader regional turmoil, Algeria began to confront the first signs of several impending economic and political challenges in 2015. The country's natural-resource-dependent economy forced a number of difficult policy changes after the collapse in global oil prices during the year. While previously the government had envisioned slowly raising taxes and reducing subsidies to cope with decreasing revenues, in December it reversed course with an austerity budget that raised taxes on key commodities including electricity, fuel, and telecommunications services, sparking protests from opposition parties. The government also expanded its use of hydraulic fracturing, or fracking, throughout the year to harvest shale gas to compensate for declining oil prices, which led to widespread and persistent protests in communities impacted by environmental damage. Concerns also continued regarding the country's future political stability, particularly in the event of the death of President Abdelaziz Bouteflika, now 78 and a victim of serious health problems. Sequestered from the public and most high-level officials for more than a year, Bouteflika is widely believed to be incapacitated while a small clique of advisers, led by his brother Saïd, rules the country.

Quelle: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/algeria>

Kommentar

Auch wenn weiterhin Menschenrechtsverletzungen bestehen (Einschränkung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte, Diskriminierung, unrechtmäßige Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, etc.) und der Verbleib von „Verschwundenen“ aus Bürgerkriegszeiten bislang noch nicht aufgeklärt wurde, verspricht die algerische Verfassung theoretisch einen hohen Grundrechtsschutz. Auch wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen ist Algerien beigetreten. Bis Ende 2016 ist das Land bereits zum zweiten Mal Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Die Ausschreitungen zu Beginn 2011 haben jedoch erneut gezeigt, dass das Regime bereit ist, auch gewaltsam auf Demonstrationen und Reformbestrebungen zu reagieren. Im Zuge dessen wurde die Versammlungsfreiheit drastisch eingeschränkt und die Meinungs- und Pressefreiheit weiter beschnitten. Die Regierung hat ebenfalls die (elektronische) Überwachung oppositioneller Gruppen intensiviert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Juni 2016)

Nach der Verfassung von 1996 ist Algerien eine demokratische Volksrepublik. Der Präsident wird für fünf Jahre direkt gewählt. Neben der nach Verhältniswahlrecht (mit Fünfprozent-Klausel) gewählten Nationalen Volksversammlung (Assemblée Populaire Nationale) besteht eine zweite Kammer (Conseil de la Nation oder Sénat), deren Mitglieder zu einem Drittel vom Präsidenten bestimmt und zu zwei Dritteln von den Gemeindevertretern gewählt werden. Der Senatspräsident vertritt den Staatspräsidenten. Der Verwaltungsaufbau des Landes ist zentralistisch. Das Land ist in 48 Regierungsbezirke (Wilayas) untergliedert, denen jeweils ein Wali (Gouverneur) vorsteht. Dieser wird vom Präsidenten ernannt und ist dem Innenministerium in Algier unterstellt. Präsident Abdelaziz Bouteflika übernahm sein Amt erstmals im April 1999. Am 17. April 2014 wurde er mit über 81 Prozent für eine vierte Amtszeit wiedergewählt. Die meisten Oppositionsparteien hatten zum Boykott der Präsidentschaftswahl aufgerufen. Abdelmalek Sellal ist nach der Präsidentschaftswahl erneut zum Premierminister ernannt worden. Dieses Amt hatte er im März 2014 vorübergehend abgegeben, um als Wahlkampfleiter von Präsident Bouteflika fungieren zu können. Am 5. Mai 2014 wurden auch die übrigen Mitglieder der neuen Regierung ernannt. Der Karrierediplomat und ehemalige Kommissar der Afrikanischen Union (AU), Ramtane Lamamra, ist Außenminister. Aus den letzten Parlamentswahlen im Mai 2012 gingen die beiden größten Regierungsparteien – die ehemalige Einheitspartei Nationale Befreiungsfront (FLN) und die Nationale Demokratische Sammlungsbewegung (RND) – als stärkste Parteien hervor. Dank einer zu den Wahlen 2012 eingeführten Frauenquote sind circa 31 Prozent der Abgeordneten in der Nationalen Volksversammlung weiblich.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Algerien/Innenpolitik_node.html

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 176 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt Algerien auf Platz 108 (2014: Platz 88), zusammen mit Ägypten, Äthiopien, Guyana und der Elfenbeinküste. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: http://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

Unruhen im Rahmen des Arabischen Frühlings

Im Zuge der Proteste in Tunesien im Frühjahr 2011, die zum Umsturz des Regimes Ben Ali führten, gab es ebenfalls Ausschreitungen und Demonstrationen in Algerien. Bei den Zusammenstößen zwischen Bevölkerung und Polizei sowie dem Militär ging es in erster Linie um politische Missstände und den Wunsch nach demokratischen Reformen. Zwar veranlasste das Regime als Reaktion zur Vermeidung eines Umsturzes die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der seit 19 Jahren bestand, und kündigte weitere demokratische Reformen an. Doch ging das Regime zeitgleich gewaltsam gegen die Aufständischen vor und ließ viele Protestkundgebungen durch die Polizei

niederschlagen. Insgesamt waren die Aufstände vergleichsweise ruhig und gingen zügig an Algerien vorbei, was wohl unter anderem in dem Bevölkerungstrauma als Folge der durch Bürgerkriege geprägten Geschichte Algeriens begründet liegt. Nichtsdestotrotz konnten die inneren politischen Spannungen durch die Zugeständnisse und die Parlamentswahlen im Mai 2012 nicht vollends beigelegt werden. So fanden zuletzt im April 2014 Präsidentschaftswahlen statt, die Bouteflika in seinem Amt für fünf weitere Jahre bestätigten, aber von schweren Unruhen in Kabylei begleitet wurden. Diese richteten sich gegen Präsident Bouteflika sowie die Korruption und Arbeitslosigkeit im Land. Die Wahlergebnisse galten auch bei dieser Wahl als hoch umstritten.

Der Islamistenaufrüstung

Spannungen zwischen islamischen Fundamentalisten und dem „sozialistischen“ Regime Algeriens reichen zurück bis in die frühen 1980er Jahre.

1988 kam es zum ersten offenen Aufstand, der allerdings von staatlichen Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurde. Einige hundert, vielleicht sogar tausend Demonstranten fanden den Tod im Kugelhagel der Polizei. Als Reaktion auf den Unmut der Bevölkerung regte der damalige Präsident Benjedid politische Reformen an. Im Zuge dieser Reformen wurde schließlich auch die Islamistenpartei Front Islamique du Salut (FIS) für Wahlen zugelassen.

Insbesondere in den ärmeren Bevölkerungsschichten und der Arbeiterklasse war die FIS schnell sehr erfolgreich. Als sich 1991 ein Wahlsieg für die FIS abzuzeichnen begann, unterbrach das Militär allerdings den Urnengang. Anfang 1992 wurde die Partei dann verboten und die Militärführung verhängte einen 19 Jahre anhaltenden Ausnahmezustand. Die Islamisten reagierten ihrerseits mit Gewalt. Trotz massiver Militäroperationen gegen islamistische Guerrillagruppen und einer groß angelegten Verhaftungswelle, gelang es den algerischen Streitkräften in den folgenden Jahren jedoch nicht, den nunmehr entfachten Bürgerkrieg erfolgreich einzudämmen oder gar zu beenden.

Im Zeitraum zwischen 1993 und 1995 forderten die Kämpfe wöchentlich teils über 500 Todesopfer, darunter auch immer häufiger Zivilisten, die offensichtlich von allen beteiligten Kriegsparteien gezielt massakriert wurden. Insgesamt wird geschätzt, dass in den 1990er Jahren zwischen 100.000 und 150.000 Menschen in Folge des Bürgerkrieges ums Leben kamen.

Obwohl Präsident Bouteflika 1999 ein Amnestieangebot an die Rebellen verkündete, nahm die Gewalt zu Beginn des neuen Jahrtausends zunächst merklich zu. Zwar waren von den ehemals etwa 27.000 Guerrillakämpfern nur noch etwa 700 in GIA und GSPC aktiv, im Jahr 2001 kamen aber nach offiziellen Angaben noch immer ca. 1.900 Menschen gewaltsam im Bürgerkrieg zu Tode, darunter wieder viele hundert Zivilisten. Internationale Aufmerksamkeit erregte der Konflikt zwei Jahre später, als eine Gruppe von ausländischen Touristen im Februar und März 2003 von der GSPC entführt wurde. Die Streitkräfte antworteten mit einer groß angelegten und äußerst erfolgreichen Militäroffensive. Laut Armeeangaben wurden die Rebellen Anfang 2004 schließlich „ausgemerzt“. In einem Referendum Ende September 2005 hat sich die algerische Bevölkerung zu über 97 Prozent für eine Amnestie aller während der Unruhen begangenen Straftaten ausgesprochen, was als ein deutliches Voranschreiten des

nationalen Versöhnungsprozesses bewertet werden kann. Im September 2006 trat die Amnestie schließlich in Kraft.

Der Berberaufstand

Des Weiteren beschäftigt ein Konflikt zwischen der algerischen Regierung und den Berberstämmen in der Kabylei-Region das Land. Obwohl die große Mehrheit der Algerier ihren ethnischen Ursprung im Berbervolk hat, identifizieren sich heute nur noch etwa ein Fünftel mit der Berberkultur. Diese leben zum größten Teil in der gebirgigen Kabylei-Region östlich der Hauptstadt Algiers. Die übrigen 80 Prozent der Algerier verstehen sich als Araber und stellen als solche die sowohl kulturelle als auch politisch dominante Gruppe. Die Unruhen begannen in den frühen 1980er Jahren, als sich die Berber gegen eine von der Regierung verordnete Arabisierungskampagne der gesamten algerischen Gesellschaft zur Wehr setzten und ihre kulturelle Eigenständigkeit forderten. Obwohl die Regierung unter Präsident Benjedid den Kabylei-Berbern schließlich einräumte, ihre eigene Sprache und Tradition an bestimmten Universitäten und Schulen weiterhin pflegen zu können, ebneten die kulturellen Spannungen nie vollständig ab. Im Frühjahr 2001 eskalierte die Situation schließlich erneut, nachdem ein junger Berber von algerischen Sicherheitskräften auf einer Polizeiwache außergerichtlich hingerichtet wurde. 2002 erklärte das Parlament die Berbersprache Tamazight zur zweiten offiziellen Amtssprache neben dem Arabischen. Der gewaltsame Aufstand der Berber gegen staatliche Einrichtungen in der Kabylei konnte damit allerdings nicht wirklich beruhigt werden. Denn neben der Anerkennung ihrer Sprache und Kultur, fordern die Berber inzwischen vor allem wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, wie beispielsweise ein Ende der staatlichen Korruption oder ein Programm zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit. Eine Serie von Bombenattentaten gegen Polizeieinrichtungen in der Kabylei, zuletzt im Februar 2007, lässt auf die Existenz einer bewaffneten Berbergruppierung in der Region schließen.

Die Lage in Algerien hat sich jedoch seit der Wiederwahl Bouteflikas im April 2014 gebessert. Für seine vierte Amtszeit kündigte Bouteflika eine Fortsetzung des politischen Reformprozesses an, der insbesondere in einer Verfassungsreform münden soll. Erste Vorschläge wurden noch im Mai 2014 veröffentlicht und darüber Konsultationen mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft durchgeführt. Bislang ist die Verfassungsreform aber noch nicht umgesetzt worden.

In einer Reihe von Gesprächen zwischen der Regierung und der kabulischen Bürgerbewegung „Aarouche“ konnte zudem ein Waffenstillstand vereinbart werden, wobei die Regierung einige Zugeständnisse an die Protestbewegung gemacht hat.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mit 2.381.741 km² ist Algerien das zweitgrößte Land Afrikas nach dem Sudan. Mehr als vier Fünftel des Territoriums bestehen allerdings aus Wüste. Algerien grenzt im Westen an Marokko und Mauretanien, im Süden an Mali und den Niger und im Osten an Tunesien und Libyen.

Politische Situation in der Region

Marokko

Algeriens Beziehung zum westlichen Nachbarn Marokko ist seit der Unabhängigkeit 1962 angespannt, was nicht zuletzt auf die unterschiedliche ideologische Ausrichtung des „alten Königreiches“ Marokko und der neuen „sozialistischen“ Republik Algerien zurückzuführen ist. 1988 nahmen die beiden Staaten diplomatische Beziehungen auf. Ein Jahr später wurde eine Reihe von Grenzstreitigkeiten um von Marokko beanspruchte Gebiete im südlichen und westlichen Algerien friedlich beigelegt. Trotz dieser Annäherungen bleiben beide Länder bei ihrer grundsätzlich unterschiedlichen Position bezüglich der Westsahara-Frage, was die 1989 ins Leben gerufene Union des Arabischen Maghreb (UMA) bis auf den heutigen Tag weitgehend paralyziert. Die Grenze zwischen Marokko und Algerien ist nach wie vor geschlossen.

Tunesien

Die Beziehung Algeriens zu Tunesien ist weitaus weniger problematisch. Beide Staaten sind traditionell eng miteinander verbunden. 1983 schlossen sie ein Verteidigungsabkommen. Zeitgleich wurde ein über zwanzig Jahre andauernder Disput über den algerisch-tunesischen Grenzverlauf beigelegt.

Libyen

Die Beziehungen zwischen Algerien und Libyen waren aufgrund von ideologischen Gemeinsamkeiten beider Regierungen und den sich daraus ergebenden ähnlichen außenpolitischen Interessen in der Vergangenheit sehr freundschaftlich. Beispielsweise unterstützte Libyen in den 1970er Jahren ebenfalls die Polisario Befreiungsfront in der Westsahara. Die Beziehung erhielt 1984 allerdings einen plötzlichen Dämpfer, als Libyen überraschend erklärte, ein Bündnis mit Marokko geschlossen zu haben. Die Sorge Algeriens um die Unberechenbarkeit libyscher Außenpolitik nahm nach dem gemeinsamen Beitritt zur Union des Arabischen Maghreb jedoch wieder ab, und das Verhältnis beider Länder zueinander verbesserte sich im Laufe der 1990er Jahre. Im Februar 2002 unterzeichneten Algerien und Libyen ein Abkommen über eine gemeinsame Freihandelszone. Dennoch gibt es noch immer einen ruhenden Grenzdisput zwischen beiden Ländern. Libyen beansprucht 32.000 Quadratkilometer Wüste im südöstlichen Algerien.

Durch den Krieg in Libyen ist davon auszugehen, dass zahlreiche Waffen in die Nachbarländer gelangt sind. Die Proliferation dieser Waffen stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für viele Länder und die gesamte Region dar. Ein mögliches Indiz ist die Eskalation des Konfliktes im nördlichen Mali. Bewaffnete islamistische Gruppierungen („Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM)“, Ansar Dine) drangen Ende 2012 fast bis zur Hauptstadt Malis vor. Als Folge intervenierte Frankreich im Januar 2013 und drängte die bewaffneten Gruppen zurück. Algeriens Regierung ist besorgt, dass die in Mali operierende Al-Qaida, die das Ziel des algerischen Regierungsturzes verfolgt, weiter an Stärke gewinnt oder durch einen Rückzug den Grenzbereich zwischen Mali und Algerien weiter destabilisieren könnte. Algerische Streitkräfte und Grenzeinheiten haben daher die Operationen in den Grenzgebieten zu Libyen und Mali seit dem Krieg deutlich ausgeweitet.

Union des Arabischen Maghreb (UMA)

Im Februar 1989 gründete Algerien zusammen mit Tunesien, Libyen, Marokko und Mauretanien die Union des Arabischen Maghreb (Union du Maghreb Arabe: UMA). Oberstes Ziel dieses regionalen Bündnisses ist nicht nur eine gesteigerte wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Integration der Mitgliedstaaten, die zur gemeinsamen Freihandelszone führen soll, sondern auch eine größere politische Kooperation. Letzteres räumt vor allem auch sicherheitspolitischen Fragen einen hohen Stellenwert ein. So beinhaltet beispielsweise bereits der UMA-Gründungsvertrag ein regionales Verteidigungsabkommen. Fortschritte im Erreichen der 1989 festgelegten Zielsetzungen sind seither allerdings ausgesprochen mäßig. Der Handelsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor gering. Beispielsweise betrieb Algerien im Jahr 2000 nur 1,5 Prozent seines Außenhandels mit der UMA. Mit Ausnahme von Libyen fehlte auch der Wille bei den Mitgliedern, eine politische Integration nach Vorbild der Europäischen Union voranzutreiben. Hauptgrund für das mangelnde Interesse am Durchsetzen der UMA-Ziele ist das nach wie vor angespannte Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Seit April 1994 gab es kein UMA-Treffen auf Ebene der Staatsoberhäupter. Zuletzt scheiterte 2005 ein geplantes Treffen, da es Differenzen bei der Anerkennung und Unterstützung Westsaharas gab.

Südliches Afrika

Trotz seiner Führungsrolle bei der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bleibt Algerien viel enger mit seinen arabischen Nachbarn als mit den afrikanischen Ländern im Süden verbunden. Die Beziehungen sind dennoch im Allgemeinen gut. Grenzstreitigkeiten mit Mali, Niger und Mauretanien wurden beigelegt.

Arabische Welt

Algerien identifiziert sich offensiv mit den arabischen Interessen im Nahen und Mittleren Osten. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1962 wurde Algerien Mitglied in der Arabischen Liga. Seither hat es insbesondere den Kampf der Palästinenser gegen Israel massiv unterstützt. Der Staat Israel wird von Algerien nicht anerkannt.

Kommentar

Unter Algeriens unmittelbaren Nachbarn stellten nur Marokko und Libyen eine potentielle militärische Bedrohung dar. Marokko verfügt zwar in absoluten Zahlen über mehr Soldaten als Algerien, dafür aber auch über weniger schwere Waffensysteme sowie über eine vergleichsweise minderwertige Ausrüstung und Bewaffnung. Libyen hingegen besitzt zwar mehr schwere Waffen als Algerien, verfügt dafür aber über sehr viel weniger Soldaten.

Grenzkonflikte

Momentan gibt es keine offen ausgetragenen Grenzkonflikte. Da Libyen ein Teilgebiet der südlichen Wüstenregion in Algerien für sich beansprucht, kann von einem ruhenden Grenzkonflikt mit dem libyschen Nachbarn gesprochen werden.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2004 bestätigten die Vereinigten Staaten amerikanische Militäraktivitäten gegen „Terroristen“ im südlichen Teil Algeriens. Vermutlich unterstützten bis zu 400 Angehörige amerikanischer Spezialeinheiten die algerischen Streitkräfte bei der Zerschlagung der islamistischen Al-Qaida Organisation GSPC.

Im Rahmen des von den USA im Jahr 2008 gegründeten neuen militärischen Regionalkommandos Africa Command (AFRICOM) kommt Algerien eine gewichtige Rolle zu, da die USA dort einen zentralen Kommandostützpunkt unterhalten. Außerdem befinden sich amerikanische Spezialeinheiten im Rahmen der Trans-Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI) im nordafrikanischen Raum, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden.

Auch die militärischen Beziehungen zu Großbritannien sollen in Zukunft intensiviert werden. Im Jahr 2009 unterzeichneten die beiden Staaten einen Pakt über technologische und militärische Kooperation. Neben gemeinsamen Manövern und Ausbildungseinheiten, ist auch die Lieferung verschiedener Ausrüstungsgegenstände im Kontext des Paktes durchaus denkbar. Italien ist ebenfalls bestrebt, die Kooperation mit Algerien zu vertiefen und ggf. auch Einheiten zur Ausbildung algerischer Soldaten zu entsenden.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Algerien 83 Prozent im Jahre 2015 und ist so im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken (zuvor: 85 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens weist Algerien somit – neben Libyen, Jemen und Irak – eine der höchsten Raten der Region auf. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2015 auf geschätzte 84 Millionen US-Dollar und ist somit gegenüber 2013 (102 Mio. USD) gesunken.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Box 10

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft laut der Zusammenfassung des Auswärtigen Amtes (Juni 2016):

Wichtige Grundlinien der Außenpolitik Algeriens sind die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität von Staaten und die Ablehnung jeglicher Einmischung von außen. Algerien engagiert sich konstruktiv für Stabilität in der Region. Innerhalb der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga spielt Algerien eine herausgehobene Rolle. Das seit 2005 bestehende Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union wird auf Wunsch Algeriens evaluiert. Algerien wünscht sich ein ausgewogeneres Verhältnis, insbesondere im Handelsbereich. Die EU stellt Algerien 2014 bis 2017 einen Betrag in Höhe von 121 bis 148 Millionen Euro zur Förderung der folgenden Schwerpunktbereiche zur Verfügung: Justizreform und stärkere Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben, Arbeitsmarktreform und Schaffung von Arbeitsplätzen, Unterstützung der Steuerung und Diversifizierung der Wirtschaft, ergänzende Unterstützung für den Kapazitätsausbau und die Zivilgesellschaft. Die Beziehungen zu Frankreich sind eng. Beide Seiten sprechen von einer strategischen Partnerschaft sowie einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Die ohnehin schon intensiven Wirtschaftsbeziehungen sollen weiter ausgebaut werden. Der Schwerpunkt der Beziehungen zwischen Algerien und den USA liegt auf den Themen Antiterror/Sicherheitskooperation, regionale Stabilität sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit. Algerien unterhält bedeutende wirtschaftliche und politische Kontakte zu Russland und China. Algerien ist auch aufgrund seiner Größe und geographischen Lage und seines Reichtums an Bodenschätzen wichtiger Akteur in der Region. Es sieht sich von verschiedenen Unruheherden umgeben und sorgt sich um Stabilität und Sicherheit sowie wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Bei den Beziehungen zu seinen internationalen Partnern spielen für Algerien neben der Bekämpfung des Terrorismus Wirtschaftsinteressen (Öl-/Gasexporte sowie Interesse an ausländischen Investitionen in Algerien) eine wichtige Rolle. Die regionale Zusammenarbeit im Maghreb leidet anhaltend an dem gespannten Verhältnis zwischen Algerien und Marokko. Die Landgrenzen zwischen beiden Ländern bleiben weiterhin geschlossen. Insbesondere Differenzen über die Westsahara erschweren eine Annäherung.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Algerien/Aussenpolitik_node.html

USA

Obwohl die algerische Regierung auf Druck der Öffentlichkeit 1990/91 den amerikanischen Waffengang gegen das vom Irak besetzte Kuwait heftig kritisierte, nahmen die Beziehungen zu den USA keinen ernsthaften Schaden. Ein Grund hierfür ist auch der Militärputsch von 1992, der den demokratischen Wahlsieg einer islamischen Partei verhinderte und einen mehr als zehnjährigen Bürgerkrieg auslöste. Der von den algerischen Militärs fortan proklamierte „Kampf gegen den Terrorismus“ bediente, wie der Politikwissenschaftler Werner Ruf schreibt, „nicht nur alte Klischees und anti-islamische Vorurteile in Europa und den Vereinigten Staaten, er verstand es auch, den durch den Putsch verursachten Bürgerkrieg als eine Art Vorfeldverteidigung des Westens durch die sich als Retter säkularer Staatlichkeit präsentierenden Militärs darzustellen.“ Allein zwischen 1998 und 2000 investierten amerikanische Firmen rund

vier Milliarden US-Dollar in Algerien. Auch nach 2011, im Zuge des gemeinsamen Kampfes gegen den Terrorismus, verbesserten sich die Beziehungen zwischen Algerien und den USA erneut.

Frankreich, Europa und die UN

Trotz seines Status als erbitterter Gegner im achtjährigen Unabhängigkeitskrieg, unterhält Algerien verhältnismäßig enge Beziehungen zu seinem ehemaligen Kolonialherren Frankreich. Dies hat weniger politische als vielmehr kulturelle und wirtschaftliche Gründe. Französisch ist nach Arabisch die zweite Landessprache; ca. 20 Prozent aller algerischen Exporte und Importe kamen aus oder waren für Frankreich bestimmt. Insbesondere der 1999 gewählte Präsident Bouteflika ist um ein gutes Verhältnis bemüht. Erstmals in der algerischen Geschichte nahm er 2002 am Gipfel der frankophonen Staatschefs in Beirut teil. Der Besuch von Präsident Chirac in Algier im März 2003 war im Gegenzug der erste offizielle Besuch eines französischen Staatsoberhauptes seit 41 Jahren. Die Beziehungen zur Europäischen Union bleiben insgesamt durchdrungen von einigen Verstimmungen, werden im Europäischen Parlament doch immer wieder Forderungen nach einer Verbesserung der Menschenrechtsslage in Algerien laut. Dennoch wurde im April 2002 ein Assoziierungsabkommen mit der EU in Valencia unterzeichnet. Durch die Schaffung der Mittelmeerunion auf Bestreben Frankreichs sollen die Beziehungen der EU und der europäischen Staaten insgesamt zu den Mittelmeeranrainern verbessert werden. In den Jahren 2004 und 2005 hatte Algerien einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne.

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Seit 2011 beteiligt sich Algerien am Kampf gegen den Terrorismus und kooperiert dazu auch mit den USA. 2011 nahm das Land an einem globalen Forum gegen den Terrorismus (GCTF) in New York teil. Im Kampf gegen die Verbreitung des Islamischen Staats in Nordafrika sowie gegen Dschihadisten im Norden Malis arbeitet Algerien zudem eng mit Frankreich zusammen. Algerien hat seit Januar 2013 der französischen Luftwaffe seinen Luftraum für Angriffe in den Rückzugsgebieten der islamistischen Terrorgruppen geöffnet und unterstützt den französischen Militäreinsatz in Mali auch mit Nachschub und bei der Aufklärung.

Aufgrund seiner Größe dient das nordafrikanische Land seit vielen Jahrzehnten als Rückzugsort für Terroristen und hat somit eine lange Tradition bewaffneter islamistischer Zellen im Untergrund. Auch die Urheber des Attentats auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo im Januar 2015 hatten algerische Wurzeln. Das Auswärtige Amt warnt vor terroristischen Anschlägen im Land, besonders gefährlich sei es im Norden und Nordosten des Landes.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Algerien ist ein wichtiger Umschlagspunkt für Drogen, insbesondere solche, die von Marokko oder Tunesien aus nach Europa geschmuggelt werden sollten. Insbesondere die langen und porösen Landesgrenzen in Nordafrika begünstigen den Schmuggel und verhindern eine effektive Bekämpfung des Drogenhandels. Obwohl die Grenze zwischen Algerien und Marokko seit 1994 bedingt durch die anhaltenden Spannungen geschlossen ist, kommt es immer wieder zu Drogenschmuggel über die Grenze hinweg. Auch aus Westafrika gelangen immer wieder Drogen illegal ins Land und werden von dort aus weiter gehandelt.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Algerien boykottiert, wie die meisten arabischen und nordafrikanischen Staaten, das UN-Waffenregister. Hintergrund hierfür sind vor allem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Auch an der Berichterstattung über Militärausgaben der Vereinten Nationen nimmt Algerien nicht teil und übermittelt keine Angaben.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

Es wird jedoch vermutet, dass Waffen über die Grenze aus Algerien nach Niger und Mali gebracht werden und dort in die Hände von Rebellen gelangen. Unter diesen Waffen sollen viele Restbestände des Konflikts von 1992-1998 sein, vornehmlich Schusswaffen. Die beliebtesten Schmuggelrouten verlaufen über den Landweg.

Die Vereinten Nationen haben massive Waffenexporte aus Libyen in andere Konfliktländer ausgemacht, viele dieser Exporte laufen über Algerien. Die Transporte aus dem nordafrikanischen Land erreichten eine "alarmierende Rate" so die Vereinten Nationen - und das trotz eines bestehenden Waffenembargos. Nach dem Sturz des Machthabers Ghaddafi im Jahr 2011 habe sich die Lage zugespitzt.

Um den Schmuggel zu bekämpfen hat Algerien tausende von Soldaten an die Grenze zu Mali abkommandiert. Zuletzt im August wurden zahlreiche illegale Waffenhändler festgenommen.

Im Mai 2014 schloss Algerien zudem über sechs Kilometer seiner Grenze zu Mauretanien, Mali, Niger und Libyen und stellte die Grenzübergänge unter militärische Kontrolle.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Mai 2016)

Bestimmend für die algerische Wirtschaft sind Förderung und Export von Erdöl und Erdgas. Die Exporterlöse aus dem Hydrokarbonsektor, der zu etwa 27 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt und etwa 60 Prozent der Staatseinnahmen generiert, machen rund 98 Prozent der Deviseneinnahmen aus. Der seit Jahren wachsende Energie-Binnenkonsum schmälert die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft. Die algerische Regierung will die Produktion in Algerien erhöhen und mehr Arbeitsplätze außerhalb des Öl- und Gassektors schaffen sowie den Knowhow-Transfer und die Ausbildung von qualifiziertem Fachpersonal steigern. In der beruflichen Bildung wird der Fokus auf die Schaffung von Bildungszentren in Partnerschaft mit Unternehmen gerichtet, die zu einer engeren Verzahnung des Bildungssektors mit der Wirtschaft beitragen sollen. Landesweit sind Industriezonen mit Clusterbildung im Aufbau begriffen. Die algerische Regierung forciert den Abbau von Phosphat- und Erzvorkommen. Langfristig ist auch beabsichtigt, mit der Schiefergasproduktion zu beginnen, obgleich es gegen erste Schiefergasexplorationen Widerstand in der Bevölkerung gegeben hatte. Das Haushaltsgesetz 2016 sieht eine Reihe von Einsparmaßnahmen vor sowie Anreize zur Förderung von Investitionen. So wurden die Preise für Benzin und Diesel, für Strom sowie für die Nutzung mobiler Kommunikation angehoben. Der Internationale Währungsfond IWF empfiehlt Algerien grundlegende Strukturreformen zur Diversifizierung der Wirtschaft, Förderung des Privatsektors, Verbesserung des Geschäftsklimas sowie Reduzierung von Hemmnissen für Investitionen aus dem Ausland. Dadurch könnten ein höheres Wirtschaftswachstum erreicht und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Abhängigkeit vom Öl- und Gassektor müsse verringert werden. Algerien hat einen enormen Bedarf an der Modernisierung seiner Infrastruktur. Der Fünfjahresplan für den Zeitraum 2010 bis 2014 umfasste ein Investitionsvolumen von 286 Milliarden US-Dollar. Trotz Sparmaßnahmen wird an wesentlichen Pfeilern der Investitionstätigkeiten festgehalten, darunter den groß angelegten Wohnungsbau-, Sozial- und Infrastrukturvorhaben von strategischer Bedeutung wie z.B. einem neuen Containerhafen am Rande der Hauptstadt Algier oder einem Programm des sozialen Wohnungsbaus mit rund einer Million neuen Wohnungen. Mit dem Ziel, die hohen Importe des Landes zu reduzieren, hat das algerische Parlament Anfang Juli 2015 ein Gesetz verabschiedet, das die Einführung von Importlizenzen vorsieht und insbesondere Kfz-Neuwagen, aber auch Zement, Stahlarmierungen und weitere Produkte betrifft. Am 26.03.2015 unterzeichneten Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Energieminister Yousfi die deutsch-algerische Energiepartnerschaft in Berlin, die insbesondere die Verbesserung der Energieeffizienz, die Diversifizierung des Energiemixes und den Ausbau erneuerbarer Energien zum Ziel hat. Die Energiepartnerschaft fügt sich gut in die aktuellen Bestrebungen der algerischen Regierung ein, das seit 2011 bestehende Programm zu Erneuerbaren Energien (bis 2030 sollen 22 GW für den einheimischen Verbrauch aus erneuerbaren Quellen stammen) anzupassen und umzusetzen.

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Algerien/Wirtschaft_node.html

Tabelle 16

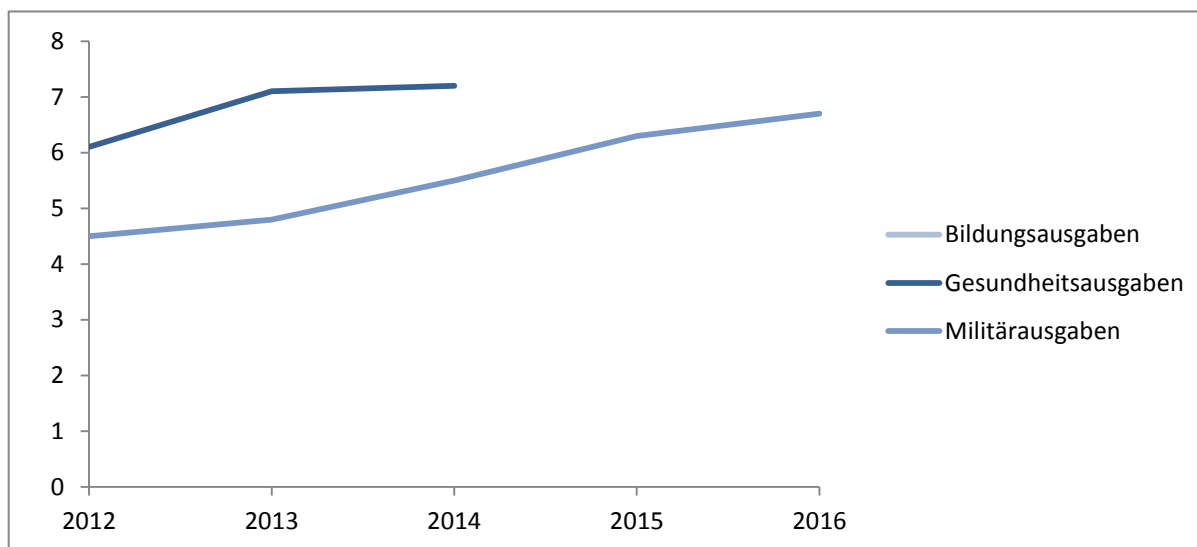
Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	8001	8642	9953	10413	10654
Militärausgaben/BIP	4,5	4,8	5,5	6,3	6,7
Gesundheitsausgaben/BIP	6,1	7,1	7,2	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2015 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2011	2012	2013	2014	2015
Auslandsverschuldung	6391	5692	5336	5527	4677
Anteil am BIP (in Prozent)	3,04	2,64	2,5	2,59	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	116,65	103,14	99,02	102,2	58,53
Net ODA (% of GNI)*	0,06	0,05	0,05	0,05	0,03
Deutsche ODA Zahlungen*	10,45	8,24	6,21	5,24	6,27

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2014); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2014).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2011	2012	2013	2014	2015
Militarisierungswert	749	746	748	753	758
Index-Platzierung	17	17	16	14	14

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2011	2012	2013	2014	2015
Libyen	Militarisierungswert	550	600	594	509	473
	Index-Platzierung	97	75	78	117	129
Mali	Militarisierungswert	505	501	423	472	497
	Index-Platzierung	123	126	141	130	121
Marokko	Militarisierungswert	726	727	732	729	722
	Index-Platzierung	25	24	20	20	24
Mauretanien	Militarisierungswert	671	667	665	664	662

		2011	2012	2013	2014	2015
n	Index-Platzierung	40	41	41	40	40
	Militarisierungswert	445	437	437	435	450
Niger	Index-Platzierung	137	143	136	137	134
	Militarisierungswert	584	582	584	593	599
Tunesien	Index-Platzierung	85	83	82	76	73

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2016.
<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Libyen	Militärausgaben (absolut)	3110	4054	3738	-	-
	Militärausgaben/BIP	3,3	5,5	7,8	-	-
Mali	Militärausgaben (absolut)	131	132	185	309	366
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,4	1,8	2,8	3,2
Marokko	Militärausgaben (absolut)	3125	3570	3540	3268	3293
	Militärausgaben/BIP	3,5	3,8	3,7	3,2	3,2
Mauretanien	Militärausgaben (absolut)	141	139	136	133	144
	Militärausgaben/BIP	3,7	3,5	3,6	3,8	4,1
Niger	Militärausgaben (absolut)	131,5	88,7	-	-	164
	Militärausgaben/BIP	2,1	1,4	-	-	2,2
Tunesien	Militärausgaben (absolut)	631	692	824	979	1027
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,6	1,9	2,2	2,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2015). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0.711	0.715	0.717	0,763	0,745

Quelle: <http://hdrstats.undp.org/en/indicators/103106.html>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

Die Gefahr, dass in Algerien unverhältnismäßig hohe Militärausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen ist deutlich ersichtlich, sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen. Die Truppenstärke der Streitkräfte wurde 2008 spürbar erhöht, die Militärausgaben sind in den vergangenen Jahren bis 2015 gewachsen. Bei den Gesundheits- und Bildungsausgaben ist eine eher geringfügiger Anstiege zu beobachten. Angesichts der drängenden Probleme des Landes, wie die wirtschaftliche Unterentwicklung, die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher, die hohe Arbeitslosigkeit und die Probleme in sozialen Sektoren, bedarf es einer Umverteilung bei den staatlichen Ausgaben. Algerien ist eines der Länder mit den höchsten Militärausgaben in Afrika.